



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

81. Sitzung (öffentlich)

9. Dezember 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

**1 Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Ver-
waltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen** **5**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

Stellungnahme 14/2934

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion bei Abwesenheit der
FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und Grünen
nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf an.

- 2 Gesetz zur Abrechnung der Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den finanziellen Belastungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Folge der Deutschen Einheit (Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW)** **6**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/10125

Der Ausschuss beschließt sodann eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf für den 13. Januar.

- 3 Gesetz zur Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen im Lande Nordrhein-Westfalen (Transparenzgesetz)** **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10027

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

- 4 Koalition der Zumutungen schlägt zu – Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP** **8**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10021

In Verbindung mit:

- 6 Die Landesregierung muss handeln, damit den Kommunen in NRW nicht eine bittere Zeit bevorsteht – Die Konjunktur darf nicht durch eine prozyklische Politik zusätzlich abgewürgt werden**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9063

- Festlegung des Termins und des Sachverständigenkreises zur beschlossenen Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich eine Anhörung zu den oben genannten beiden Anträgen für den 24. Februar 2010.

5 Kibiz-Bürokratiewahn stoppen!**9**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10017

Der Ausschuss verständigt sich ohne weitere Aussprache einvernehmlich darauf, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration zu verzichten.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzender Edgar Moron** als neue Mitglieder im Ausschuss Frau Abgeordnete Helen Weidenhaupt für die SPD-Fraktion und den Abgeordneten Franz-Josef Britz für die CDU-Fraktion.

1 **Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit der Verwaltungsbehörden in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9955

Stellungnahme 14/2934

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, der Ausschuss habe sich auf ein schriftliches Verfahren zur Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände verständigt. Der mitberatende Hauptausschuss habe auf ein Votum verzichtet.

Hans-Willi Körfges (SPD) kündigt für seine Fraktion an, die SPD werde der Vorlage mit Hinweis auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände und Verweis auf die Konnexität nicht zustimmen. - Dem schließt sich **Horst Becker (GRÜNE)** an.

Mit den Stimmen der CDU-Fraktion bei Abwesenheit der FDP-Fraktion gegen die Stimmen von SPD und Grünen nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf an.

